

# **Eine ökologische und soziale Steuerreform für Österreich**

**Ergebnisse einer Modellierung der  
Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturforschung mbH**

**März, 2015**

Hintergrundpapier auf Basis von Modellierung der  
Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturforschung mbH

Zusammenstellung und Redaktion:  
Jürgen Schneider, Umweltbundesamt  
Johannes Wahlmüller, GLOBAL 2000

Unterstützt von:

Erneuerbare Energie Österreich  
GLOBAL 2000  
Greenpeace  
Umweltbundesamt  
Senat der Wirtschaft

## Zusammenfassung

Österreich hat in gesellschaftlichen und ökonomischen Bereichen große Herausforderungen zu meistern:

- Die Zahl der Arbeitslosen ist auf einem hohen Niveau
- Die Abhängigkeit vom Import fossiler Energieträger ist sehr hoch (und über dem EU-Durchschnitt)
- Die Emissionen von Treibhausgasen liegen weit über jenem Bereich, der von der Wissenschaft als nachhaltig angesehen wird.

Die Umsetzung einer aufkommensneutralen ökologischen und sozialen Steuerreform ist ein wichtiger Schritt, um in den genannten Punkten sinnvoll und sowohl wirtschaftlich als auch sozial verträglich entgegenzusteuern. Dies zeigen aktuelle Modellierungen, die u.a. von der Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturforschung in Osnabrück durchgeführt wurden.

Um die Wirkung bewerten zu können, wurde in einer Simulation ein Volumen von rd. 5 Mrd. EURO angenommen. Zusätzliche Einnahmen stehen ebenso großen Ausgaben gegenüber. Dadurch werden der Wirtschaft und dem Konsum keine Mittel entzogen. Das vorgesehene Volumen ist auch deshalb angemessen, da Österreich beim Aufkommen von Umweltsteuern derzeit unter dem EU-Durchschnitt liegt.

Die konkrete Ausgestaltung der Maßnahmen ist in einem politischen Prozess zu entscheiden. Die in der folgenden Tabelle enthaltenen Maßnahmen und Volumina sind somit indikativ, um exemplarisch auch die positiven gesamtwirtschaftlichen Ergebnisse darzustellen.

Maßnahme - Ausgaben	Volumen
Senkung Lohnnebenkosten (FLAF-Beitrag)	2 Mrd. EUR
Ökobonus	
• Ökobonus Erwachsene	250 EUR
• Ökobonus Kinder	125 EUR
SUMME	2 Mrd. EUR
Offensivmaßnahmen	
• Thermische Sanierung	250 Mio.
• ÖPNV	400 Mio.
• Schienengüterverkehr	80 Mio.
• Energiearmut/Information	160 Mio.
SUMME	≈ 1 Mrd. EUR
SUMME Ausgaben	Rd. 5 Mrd. EUR
Maßnahme - Einnahmen	Volumen
Ökosteuern	
• Erhöhung der MÖST bei Benzin und Diesel (8 Cent/l)	900 Mio. EUR
• Erhöhung der Elektrizitätsabgabe (1,5 Cent/kWh)	1.000 Mio. EUR
• Einführung einer CO <sub>2</sub> -Steuer (non-ETS) auf fossile ET exkl. Benzin, Diesel & Kerosin	300 Mio. EUR
• Valorisierung der motorbezogenen Versicherungssteuer (11 Cent/kW bei Pkw)	300 Mio. EUR
• Einführung einer Baustoffsteuer (2 EUR/t)	300 Mio.
• Erhöhung der Flugticketabgabe für Kurzstrecken (8	200 Mio.

EUR)	
Ökologisch relevante Zahlungen <ul style="list-style-type: none"> <li>• Erhöhung Lkw-Maut</li> <li>• Einführung Pkw-Maut anstelle Vignette (durchschnittlich 1 Cent/km)</li> </ul>	1.100 Mio. 300 Mio.
Umweltkontraproduktive Förderungen <ul style="list-style-type: none"> <li>• Reform Dienstwagenbesteuerung</li> </ul>	300 Mio.
SUMME Einnahmen	Rd. 5 Mrd. EUR

Mit der Umsetzung der simulierten aufkommensneutralen ökologischen und sozialen Steuerreform kann eine doppelte Dividende, die Schaffung von Arbeitsplätzen und eine Entlastung der Umwelt erreicht werden. Durch die Rückvergütung in Form eines Pro-Kopf-Ökobonus in Höhe von 250 EUR pro Person können mögliche negative soziale Effekte wirksam aufgefangen werden.

- Durch die Senkung der Lohnnebenkosten für Unternehmen (Dienstgeberbeitrag FLAF wird nun zum Teil durch Ökosteuern finanziert) können die Kosten für Arbeit gesenkt werden. Dadurch **entstehen 17.400 neue Arbeitsplätze** (Vollzeitäquivalente).
- Durch eine Erhöhung der Ökosteuern und begleitende Offensivmaßnahmen können die **CO<sub>2</sub>-Emissionen in Österreich bis 2020 um 3,6 Mio. Tonnen gesenkt** werden.
- Es zeigen sich leicht **positive wirtschaftliche Auswirkungen auf das Bruttosozialprodukt um 0,1 Prozentpunkte**.

## Warum eine ökologische Steuerreform wichtig ist

Letztes Jahr wurde der 5. Sachstandberichts des Weltklimarats veröffentlicht<sup>1</sup>, am 17. September 2014 der erste österreichische Sachstandbericht zum Klimawandel<sup>2</sup>. Beide Berichte bestätigen in wesentlichen Punkten die bekannten Erkenntnisse der Klimaforschung der letzten Jahre: Der durch den Menschen verursachte Klimawandel ist real, schon jetzt lassen sich mannigfaltige Auswirkungen auf Umwelt und Menschen nachweisen, und bei weiterem ungezügelm Ansteigen der Treibhausgasemissionen sind die Klimafolgen für viele Staaten und Regionen nicht mehr beherrschbar, mit entsprechenden sozialen, ökonomischen und ökologischen Folgen. Der ehemalige Chefvolkswirt der Europäischen Entwicklungsbank und der Weltbank, Nicolas Stern, bezeichnet den Klimawandel als das größte globale Marktversagen, da Verursacher derzeit nicht für die externen Effekte ihres Handels aufkommen müssen und damit keine Anreize haben, ihr Verhalten zu ändern.

Als Folge hat der Europäische Rat am 23./24.10. 2014 eine politische Einigung über klima- und energiepolitische Zielsetzungen bis 2030 erzielt. EU-weit ist eine Reduktion der Treibhausgasemissionen um mindestens 40% bis zum Jahr 2030 gegenüber 1990 vorgesehen. Diese Zielsetzungen liegen weit unter den Möglichkeiten und Erfordernissen die globale Erwärmung auf ein erträgliches Maß einzudämmen, stellen im Vergleich zu einem ‚Business as usual‘-Szenario aber ein erhöhtes Ambitionsniveau dar, das nur durch zusätzliche Maßnahmen erreichbar sein wird. Mit einer rechtsverbindlichen und damit sanktionierbaren Umsetzung dieser Ziele ist in den nächsten Monaten zu rechnen. Insgesamt ist für Österreich eine Reduktionsverpflichtung deutlich über 30 % zu erwarten. Dies lässt sich nur durch sehr weit reichende Maßnahmen u.a. in den Sektoren Verkehr, Raumwärme und Dienstleistungen erreichen. Nach rechtlicher Festlegung dieser Zielvorgaben ist bei Nichterfüllung mit zusätzlichen, u.u. erheblichen öffentlichen Kosten durch den Ankauf von Verschmutzungsrechten (die genauen Modalitäten stehen hier noch nicht fest) und ggf. Vertragsverletzungsverfahren zu rechnen. Dies spricht insgesamt dafür, im Zuge der jetzt diskutierten Steuerreform auch klimapolitische wirksame Maßnahmen umzusetzen, die dämpfend auf den Verbrauch fossiler Energie wirken.

Durch eine kluge Ausgestaltung der Rahmenbedingungen kann zudem eine Stärkung von Unternehmen in den Bereichen Erneuerbare Energie und Energieeffizienz erreicht werden, was auch wirtschaftspolitisch sinnvoll ist, da in den nächsten Jahrzehnten die schon jetzt hohen Wachstumsraten in diesen Branchen nach allen gängigen Voraussagen weiter steigen werden.

---

1 <http://www.ipcc.ch/report/ar5/>

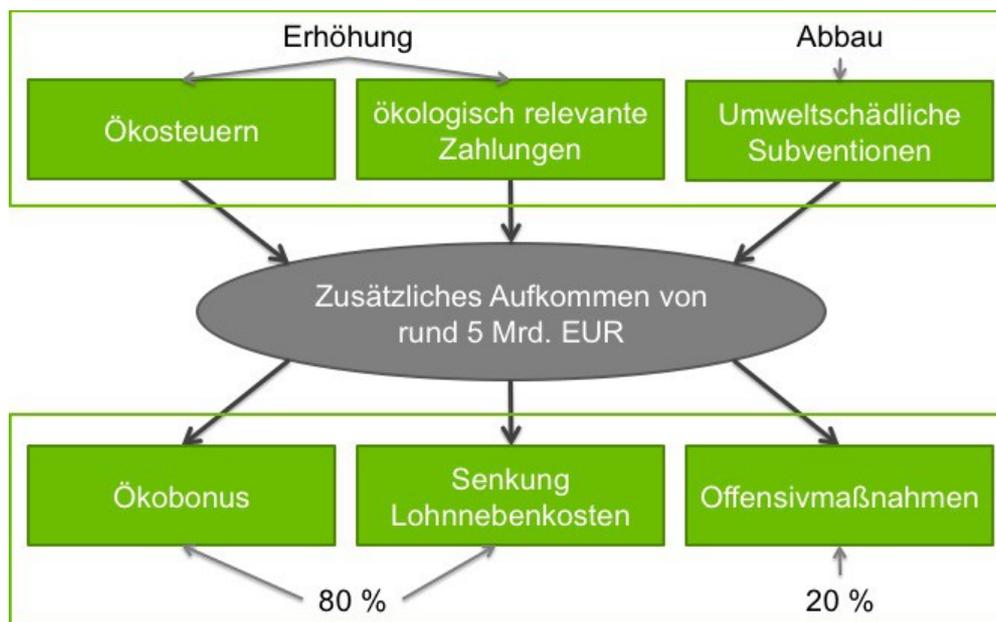
2 <http://www.apcc.ac.at/>

## Wirtschaftlich sinnvolle und sozial gerechte Ausgestaltung

Neben den ökologischen Gründen sprechen weitere Faktoren für eine ökologisch und sozial ausgerichtete Steuerreform:

- Die Belastung des Faktors Arbeit mit Steuern und Sozialbeiträgen ist mit Blick auf die anstehenden demografischen Veränderungen zu hoch.
- Energieverbrauch und Umweltbelastung müssen nicht nur in Hinblick auf die Klimakrise reduziert werden, sondern auch zur Erhöhung der Resilienz gegenüber externen Preisschocks und zur Verminderung der Importabhängigkeit.
- International haben andere Länder bereits positive Erfahrungen mit einer ökologisch ausgerichteten Steuerreform gemacht.
- Nicht zuletzt sprechen sich verschiedene internationale Organisationen wie die OECD für Strukturreformen in Europa aus, um wieder wettbewerbsfähiger zu werden.

In einer durchgeführten Modellsimulation wurde einerseits eine Anhebung von Steuern auf den Energieverbrauch, CO<sub>2</sub>-Ausstoß und Materialverbrauch in Höhe von rund 5 Mrd. EUR durchgeführt. Besonderes Augenmerk wurde aber darauf gelegt, dass diese Einnahmen wieder rückgeführt werden, es handelt sich somit um eine aufkommensneutrale Steuerreform.



Zentrale Elemente der Rückvergütung sind:

- **Ökobonus** für Haushalte in Höhe von 250 EUR pro Kopf (Kinder und Jugendliche bekommen die Hälfte); 40 % der Mittel fließen in den Ökobonus.
- **Senkung der Lohnnebenkosten** (insb. Dienstgeberbeiträge zum FLAF) als Ausgleich für Unternehmen; 40 % der Mittel fließen in diesen Bereich;
- **Offensivmaßnahmen** wie Subventionen für thermische Sanierung, Energieberatung und ein Ausbau des öffentlichen Verkehrs., 20 % der Mittel fließen in diesen Bereich;

- Betriebe die in das **Europäische Emissionshandelssystem** eingebunden sind, werden in dieser Modellierung weitestgehend von einer höheren Besteuerung ausgenommen.

Durch eine aufkommensneutrale Ausgestaltung der Steuerreform können potenzielle negative soziale und wirtschaftliche Effekte vermieden werden. Die Rückführung der Gelder an die Haushalte und in den Wirtschaftskreislauf gibt Anreize für umweltfreundliche Investitionen, die Österreich zukunftsfähiger machen.

Maßnahme	Volumen
<b>Senkung Lohnnebenkosten (FLAF-Beitrag)</b>	<b>2 Mrd. EUR</b>
<b>Ökobonus</b>	
• Ökobonus Erwachsene	250 EUR
• Ökobonus Kinder	125 EUR
<b>SUMME</b>	<b>2 Mrd. EUR</b>
<b>Offensivmaßnahmen</b>	
• Thermische Sanierung	250 Mio.
• ÖPNV	400 Mio.
• Schienengüterverkehr	80 Mio.
• Energiearmut/Information	160 Mio.
<b>SUMME</b>	<b>≈ 1 Mrd. EUR</b>

## Ökobonus

In diesem Modell wird ein Ausgleich über die Ausbezahlung eines Pro-Kopf-Ökobonus vorgenommen. Soziale Ausgleichsmaßnahmen sind notwendig, weil eine Analyse der verfügbaren Einkommen und der Ausgaben für Energie für die einzelnen Haushaltstypen zeigt, dass Energiepreissteigerungen vor allem Haushalte mit geringem Einkommen treffen, die einen größeren Teil ihrer Einkommen für Energie und Mobilität ausgeben, insbesondere weil sie nur wenige Möglichkeiten haben, ihre Konsumgewohnheiten zu ändern. Haushalte in den oberen Einkommensbereich haben hingegen umfangreichere Möglichkeiten, gestiegene Preise für Energie und Verkehrsleistungen zum Beispiel durch den Kauf sparsamerer Geräte und Fahrzeuge zu kompensieren.

Hier wird anhand von einigen Beispielhaushalten exemplarisch skizziert wie der Ökobonus wirkt. Die Haushalte unterscheiden sich bzgl. Stromverbrauch, Wärmebedarf, Einsatz von Heizöl oder Erdgas zur Wärmeerzeugung, Anzahl der genutzten PKW, jährliche Fahrleistung, Personenzahl und Zahl der Kurzstreckenflüge.

**Haushalt 1**, eine alleinerziehende Mutter mit einem Kind und Geringverdienerin, besitzt keinen PKW, fliegt nicht, nutzt weniger Strom als der Durchschnitt und deckt ihren Wärmebedarf durch 2000 l Heizöl bzw. eine entsprechende Menge Erdgas.

**Haushalt 2**, eine Durchschnittsfamilie die im Stadtnahen Umfeld lebt, hat einen durchschnittlichen Stromverbrauch in Höhe von 3.500 kWh jährlich und deckt ihren Wärmebedarf CO<sub>2</sub>-frei z. B. durch Brennholz. Ihre beiden PKW weisen eine jährliche

Fahrleistung von zusammen 28.000 Kilometern aus. Ihr Durchschnittsverbrauch entspricht mit 5,5 Liter pro 100 Kilometer den durchschnittlichen Vorgaben der EU für Neuwagen im Jahr 2015. Der Haushalt besteht aus zwei volljährigen Personen und zwei Kindern.

**Haushalt 3** mit einer berufstätigen Person unterscheidet sich von Haushalt 2 dadurch, dass der Wärmebedarf durch Heizöl gedeckt wird, und nur ein PKW genutzt wird. Der Durchschnittsverbrauch des Fahrzeugs ist mit 7 l/100km, höher als dies die EU ab 2015 im Durchschnitt vorschreibt.

**Haushalt 4** ist eine gut situierte Familie, die im Speckgürtel von Wien in einem Einfamilienhaus wohnt. Sie verbraucht doppelt so viel Strom wie der Durchschnitt und fährt mit 60.000 Kilometern im Inland im Jahr mehr als doppelt so viel wie Haushalt 2. Haushalt 4 deckt seinen sehr hohen Wärmebedarf durch Heizöl.

Für die Haushalte 2 und 4 wird von 4 innereuropäischen Flügen ausgegangen, für Haushalt 3 von 2 Flügen. Sie liegen damit alle deutlich über dem österreichischen Durchschnittshaushalt.

Der Ökobonus (250 Euro für Erwachsene im Jahr, 125 Euro für Kinder) deckt für alle untersuchten Beispielhaushalte die höheren Ausgaben für Strom und Wärme. Haushalte mit einem PKW und durchschnittlicher Fahrleistung können je nach Personenzahl auch einen Teil oder die gesamten verkehrsbezogenen Mehrkosten mit dem Ökobonus finanzieren. Nur Haushalte mit sehr hoher Fahrleistung im Inland werden durch die simulierte Steuerreform deutlich zusätzlich belastet.

#### Merkmale von Beispielhaushalten

	HH1	HH2	HH3	HH4	Durchschnittshaushalt in Ö
Stromverbrauch in kWh	2000	3500	3500	7000	3500
Wärmebedarf (Gas oder Öl) in l Heizöl	2000	-	2000	4000	600
Anzahl PKW	0	2	1	2	1,2
Fahrleistung in km	0	28.000	14000	60000	16800
Durchschnittsverbrauch Pkw in l/100 km	0	5,5	7	5,5	5,5
Personen	2	4	2	4	2,3
Flüge in Europa/Jahr	0	4	2	4	1

**Direkte Be- und Entlastung von Beispielhaushalten (in EUR) durch die ÖSSR ohne Berücksichtigung des Lenkungseffekts in Euro im Jahr 2020**

	HH1	HH2	HH3	HH4	
Mehrausgaben für Strom	-36	-63	-63	-126	-63
Mehrausgaben für Wärme (Heizöl oder Gas)	-120		-120	-240	-36
Mehrausgaben für Treibstoff		-154	-98	-330	-111
PKW-Maut		-140	-70	-300	-84
Motorbez. Versicherungssteuer		-134	-67	-134	-80
Flugticketabgabe		-32	-16	-32	-8
Dienstwagenprivileg		-200		-500	-79
<b>Gesamtbelastungen vor Rückvergütung</b>	<b>-156</b>	<b>-732</b>	<b>-434</b>	<b>-1.662</b>	<b>-461</b>
Ökobonus Zweipersonenhaushalt (1 Erw, 1 Kind)	375				
Ökobonus Zweipersonenhaushalt (2 E)			500		
Ökobonus Vierpersonenhaushalt (2 E, 2 K)		750		750	
Ökobonus Durchschnittshaushalt (2,3 Personen)					512
<b>Saldo</b>	<b>219</b>	<b>-18</b>	<b>64</b>	<b>-912</b>	<b>51</b>

Die Haushalte 1 und 3 profitieren von dem Steuerpaket. Haushalt 2 steigt neutral aus. Auf Haushalt 4 kommen Mehrkosten zu, die durch stark überdurchschnittlichen Verbrauch von Strom und Heizöl, hohe Kilometerleistung der Privat-Pkws und Flugreisen verursacht werden.

## Offensive Umweltschutzmaßnahmen

Als wichtigen Teil der Steuerreform wird in der Simulation die Umsetzung offensiver Maßnahmen hinterlegt, die gezielt eine Verbesserung der Energieeffizienz oder des Verkehrssystems auslösen sollen. Aufgrund ihres investiven Charakters ist auch mit positiven ökonomischen Zweitrundeneffekten zu rechnen. Im Jahr 2020 steht hierfür insgesamt rund 1 Mrd. EUR (20 % von 5 Mrd. EUR) zur Verfügung.

Die simulierte Verteilung der offensiven Maßnahmen sieht im Jahr 2020 wie folgt aus:

- Thermische Sanierungsoffensive: 250 Mio. EUR
- Offensive für Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV): 400 Mio. EUR
- Ausbau Schienengüterverkehr: 80 Mio. EUR
- Kompensation für besonders betroffene Gruppen, Beratung mit Fokus auf einkommensschwache Haushalte, Infokampagnen und Gerätetauschaktionen: 160 Mio. EUR

**Thermische Sanierung:** Mit 250 Mio. EUR der jährlichen Einnahmen werden Investitionen in die thermische Gebäudesanierung bezuschusst. Dadurch werden weitere Investitionen angestoßen. Für eine Steigerung der Sanierungsrate von aktuell rund 1 % auf 2 % gehen wir aufgrund von Studien u.a. des Wifo von jährlichen zusätzlichen Investitionen von 1,5 Mrd. EUR aus. Auf Basis einer IHS-Studie ist von einem Investitionshebel öffentlicher Fördermittel von 1:4 auszugehen. 250 Mio. EUR stoßen damit eine Mrd. EUR privater Investitionen an, sodass insgesamt 1,25 Mrd. EUR jährlich an Investitionen ausgelöst werden. Von den Investitionen profitieren hauptsächlich die

Bauwirtschaft und die zuliefernden Unternehmen. Allerdings wird hier angenommen, dass diese Investitionen nicht alle zusätzlich sind, sondern zu 50 % andere Ausgaben der privaten Haushalte vermindern.

**Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV):** 400 Mio. EUR werden zusätzlich pro Jahr für den Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) eingesetzt, um u. a. das Streckennetz des Bahn- und Busverkehrs auszuweiten und die Anzahl der Fahrten pro Strecke zu erhöhen.

**Investitionen in Schienennetz/Güterverkehr:** Für die Investitionen in das Schienennetz stehen 80 Mio. EUR p.a. zur Verfügung.

**Beratung mit Fokus auf einkommensschwachen Haushalte/Infokampagnen, Kompensation spezieller Gruppen:** In diesem Bereich wird der Betrag von 160 Mio. EUR eingesetzt. Es geht dabei vor allem um Bildungsleistungen (Informationskampagnen), Energieberatung und Gerätetauschaktionen für einkommensschwache Haushalte.

## Maßnahmen zur Erhöhung des Steueraufkommens

Die hier vorgestellte Erhöhung von Ökosteuern, umfasst ein Paket von rund 5 Mrd. EUR. Es umfasst folgende einnahmenseitige Maßnahmen:

Überblick über das zusätzliche Aufkommen in Mrd. EUR nach Maßnahmen	
zusätzliches Aufkommen in Mrd. EUR in 2020	
<b>Ökosteuern</b>	
Erhöhung der MöSt bei Benzin und Diesel (8 Cent/l)	0,9
Erhöhung der Elektrizitätsabgabe (1,5 Cent/kWh)	1,0
Einführung einer CO <sub>2</sub> -Steuer (non ETS) auf Kohle, Erdgas, Mineralöl exkl. Benzin, Diesel, Kerosin (20 EUR/t CO <sub>2</sub> )	0,3
Valorisierung motorbezogene Versicherungssteuer (11 Cent EUR/kW bei PKW)	0,3
Einführung einer Baustoffsteuer (2 EUR/t)	0,3
Erhöhung der Flugticketabgabe für Kurzstrecken (8 EUR)	0,2
<b>Ökologisch relevante Zahlungen</b>	
Erhöhung LKW-Maut *	1,1
Einführung PKW-Maut anstelle Vignette (Ø 1 Cent/km)	0,3
<b>Umweltkontraproduktive Subventionen</b>	
Reform Dienstwagenregelung	0,3
<b>zusätzliches Aufkommen insgesamt</b>	<b>≈ 5,0</b>

\* Bruttoeinnahmen um 10 % höher.

Diese Maßnahmen zielen zum einen darauf ab, CO<sub>2</sub>-haltige Energieträger zu verteuern (Mineralöle, Gas, Kohle). Dadurch werden externe Effekte verstärkt den Verursachern angelastet. Darüber hinaus werden im Verkehrsbereich weitere Maßnahmen gesetzt, um das Fahrverhalten der Verkehrsteilnehmer zu beeinflussen. Um den Anreiz für die private PKW-Nutzung in Richtung öffentlicher Verkehr zu lenken, wird die Bemannung aller Straßen für den PKW-Verkehr eingeführt. Ebenso wird neben dem höherrangigen auch das niederrangige Straßennetz für den LKW-Verkehr mit einer fahrleistungsabhängigen Maut belegt. Die Einführung einer Baustoffsteuer in Anlehnung an vergleichbare Steuern in Großbritannien, Dänemark und Schweden besteuert alle nicht-metallischen Mineralien.

Für die administrativen und technischen Kosten des Ausbaus, zB der Mautterminals bei Einführung einer flächendeckenden PKW- und LKW-Maut gehen wir davon aus, dass 10 % der Lkw-Mauteinnahmen investiert werden und nicht auf der Ausgabenseite zur Verfügung stehen. Von der Elektrizitätsabgabe fließen etwa 0,3 Mrd. EUR im Rahmen der Energieabgabenrückvergütung an energieintensive Unternehmen zurück. Sie stehen ebenfalls nicht für die Ausgabenseite zur Verfügung.

## Auswirkungen auf Gesellschaft und Umwelt

Die Ergebnisse der Simulation zeigen, dass durch eine ökologische und soziale Steuerreform eine doppelte Dividende eingefahren werden kann: Die Umwelt wird entlastet, Arbeitsplätze werden geschaffen, und Investitionen werden in zukunftsfähige Branchen gelenkt.

### Ergebnisse für wichtige Größen (Abweichungen zur Referenz<sup>3</sup> im Jahr 2020)

Abweichungen gegenüber der Referenz im Jahr 2020	in angegebener Einheit	in Prozent
<b>Komponenten des preisbereinigten BIP</b>		
Bruttoinlandsprodukt in Mrd. €	0,3	0,1
Privater Konsum in Mrd. €	0,4	0,3
Staatskonsum in Mrd. €	0,0	0,0
Bruttoanlageinvestitionen in Mrd. €	0,9	1,3
Exporte in Mrd. €	-0,8	-0,4
Importe in Mrd. €	0,2	0,1
<b>Preisindizes (2005 = 100)</b>		
Privater Konsum	0,7	0,5
Produktion	0,8	0,7
Importe	0,0	0,0
<b>Weitere ökonomische Größen</b>		
Finanzierungssaldo in Mrd. €	0,4	
Verfügbares Einkommen in privaten Haushalten in Mrd. €	2,8	1,2
<b>Arbeitsmarkt</b>		
Unselbständig Erwerbstätige in 1.000 Vollzeitäquivalenten (VZÄ)	17,4	0,5
Arbeitskosten je Beschäftigten in VZÄ in €	-405,8	-0,7
<b>Umwelt</b>		
CO <sub>2</sub> -Emissionen in Mio. Tonnen	-3,6	-4,7
Materialverbrauch in Mio. Tonnen	-9,4	-3,6
Energetischer Endverbrauch in PJ	-41,5	-3,5

Quelle: Berechnung durch GWS mit dem Modell e3at

### Positiver Beschäftigungseffekt

Die Senkung der Lohnnebenkosten macht Arbeit für die Unternehmen billiger, die entsprechend mehr Arbeitskräfte einstellen. Die jährlichen Arbeitskosten liegen hier um durchschnittlich 400 EUR im Jahr niedriger als im Referenzszenario. So werden zusätzlich 17.400 unselbständig Beschäftigten in Vollzeitäquivalenten durch die simulierte Steuerreform geschaffen. Der Beschäftigungseffekt in Personen fällt sogar noch höher aus, weil auch Teilzeit gearbeitet wird.

Die Beschäftigungseffekte der simulierten Steuerreform sind im Vergleich zur Referenz mit Ausnahme des Bereichs Verkehr und Nachrichtenübermittlung in allen übrigen Wirtschaftsbereichen positiv oder in absoluten Zahlen vernachlässigbar. Die Senkung der Lohnnebenkosten bewirkt vor allem in den beschäftigungsintensiven

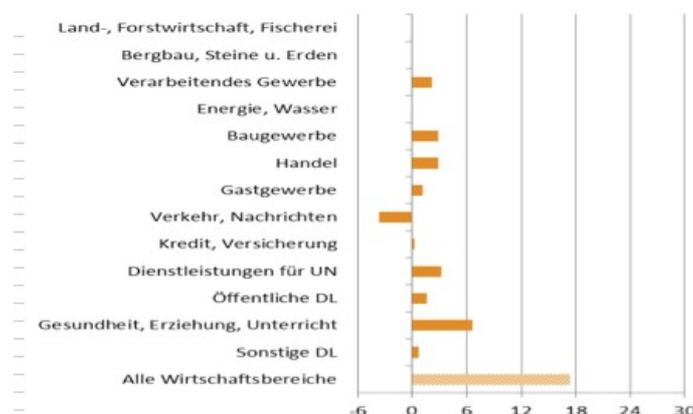
<sup>3</sup> Die Ergebnisse werden jeweils gegenüber einem Referenzszenario gerechnet, das sich weitgehend an den Rahmenbedingungen des Szenarios „With measures“ des Umweltbundesamtes orientiert.

Dienstleistungssektoren eine Zunahme der Zahl der Beschäftigungsverhältnisse. Innerhalb der Dienstleistungssektoren kann der Bereich Gesundheit, Erziehung und Unterricht davon am stärksten profitieren. Geringere Preissteigerungseffekte (Steuererhöhungen betreffen diesen Bereich kaum), die Senkung der Lohnnebenkosten und eine Zunahme der Bruttoproduktion führen zu einem Beschäftigungszuwachs. Im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt können positive Beschäftigungseffekte erzielt werden. Lediglich im Fahrzeugbau und im Bereich Herstellung und Verarbeitung von Papier und Pappe stellen sich minimal negative Beschäftigungseffekte infolge von geringen Produktionsrückgängen ein. Gründe für den Rückgang der Beschäftigung im **Verkehrssektor** sind die durch Mineralölsteuer und Maut steigenden Preise des Landverkehrs. Dieser Effekt ist vor dem Hintergrund eines weiterhin dynamischen Wachstums des Landverkehrs im Zeitverlauf zu sehen. Wichtig hervorzuheben ist, dass **keine Arbeitsplätze wegfallen, es entstehen nur weniger neue Beschäftigungsverhältnisse als im Referenzszenario**.

Der zweite Bereich, der Produktionsrückgänge hinnehmen muss, ist der **Energiebereich**. Auch dieser Bereich ist wenig beschäftigungsintensiv und zwangsläufig von der klimapolitisch notwendigen Reduktion des Energieverbrauchs betroffen. Der Bereich Steine und Erden muss schließlich durch die Baustoffsteuer eine deutliche Preissteigerung hinnehmen. Die Zahl der in diesem Bereich Beschäftigten ist insgesamt sehr gering. Außerdem können die höheren Preise weitgehend an die Nachfrager überwältigt werden. Die nachgelagerten Bereiche Glas, Keramik sowie Bauwirtschaft profitieren von den höheren Bauinvestitionen ausgelöst durch die forcierte thermische Sanierung, so dass hier allenfalls eine gewissen Verschiebung der Arbeitsschwerpunkte, aber kein Verlust von Arbeitsplätzen droht. Eine verstärkte Sanierung löst im Baugewerbe eine Verschiebung hin zum Ausbaugewerbe aus, das weniger materialintensiv und zugleich beschäftigungsintensiver ist als klassische Neubauaktivitäten. Deshalb kann die Produktion im Baugewerbe steigen, wenn zugleich die Produktion des vorgelagerten Bereichs Steine und Erden zurückgeht.

Der **Flugverkehr** ist durch die Erhöhung der Flugabgabe kaum betroffen. Der Preisaufschlag durch die Anhebung der Ticketsteuer um 8 EUR für Kurzstrecken ist verglichen mit dem gesamten Flugpreis zu gering, um nennenswerte Effekte zu erzielen. Auch schwanken die Preiselastizitäten stark in Abhängigkeit von der Zielgruppe (Dienstreisender vs. Urlauber) und Destinationen.

#### Sektorale Beschäftigungseffekte – absolute Abweichungen in 1.000 Vollzeitäquivalenten im Vergleich zur Referenz (Jahr 2020)

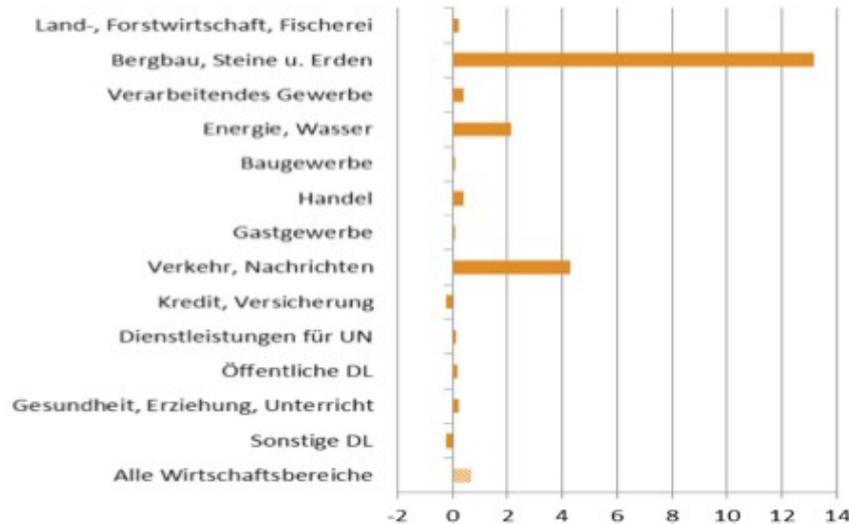


Quelle: Berechnung durch GWS mit dem Modell e3at

Da nur ein Teil der höheren Steuerbelastung über die Senkung der Lohnnebenkosten an anderer Stelle in der Volkswirtschaft preissenkend wirkt, steigen insgesamt die

Produzentenpreise (Preisindex Produktion) und etwas abgeschwächt auch die Konsumentenpreise.

### Sektorale Preiseffekte - relative Abweichungen in Prozent im Vergleich zur Referenz (Jahr 2020)



Quelle: Berechnung durch GWS mit dem Modell e3at

Die **energieintensiven Unternehmen** erhalten für die Energieabgaben, die 0,5% ihres Nettoproduktionswertes übersteigen (abzüglich des Selbstbehaltes und der Berücksichtigung von EU-Mindeststeuersätzen nach Energiesteuerrichtlinie 2003/96/EG), eine Rückvergütung. Das entspricht etwa einem Drittel der Energieabgaben. Energieintensive Unternehmen, die bereits heute Rückvergütungen erhalten, sind deshalb nicht weiter von diesen Reformvorschlägen betroffen. Dennoch verschlechtert sich die relative Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Volkswirtschaft etwas. Sichtbar wird dies einerseits in den Importen, die trotz niedrigerer Energieimporte insgesamt etwas zunehmen, wie auch in den niedrigeren Exporten im Vergleich zur Referenz. Damit drückt sich eine leicht stärkere Binnenorientierung aus, und damit eine verringerte Abhängigkeit von der Nachfrage außerhalb Österreichs gegenüber einem Szenario ohne diese Reform.

Der **Finanzierungssaldo des Staates verbessert sich**, obwohl das Steuerpaket aufkommensneutral ausgestaltet ist. Genau der Betrag, der einnahmenseitig erzielt wird, wird auch wieder verausgabt. Allerdings verbessert sich der Staatshaushalt auch durch Zweitrundeneffekte wie die höhere Beschäftigung und damit verbundene Einnahmen aus Steuern und SV-Beiträgen sowie reduzierte Sozialausgaben.

### Entlastung der Umwelt

Die **CO<sub>2</sub>-Emissionen reduzieren sich** gegenüber dem Referenzszenario deutlich um **4,7 % bzw. 3,6 Mio. t**. Etwa 75 % der CO<sub>2</sub>-Einsparung finden im Nicht-ETS-Bereich statt, wobei steigende Energie- und CO<sub>2</sub>-Preise sowie die offensiven Maßnahmen jeweils etwa zur Hälfte dazu beitragen. Die Umwelt entlastenden Wirkungen liegen damit in einer Größenordnung, die sich vergleichbar auch in anderen Studien und Ländern gezeigt haben. Dabei ist mit Blick auf die geringen Effekte im Industriebereich zum einen zu bedenken, dass im Emissionshandelsbereich letztlich vor allem die EU-Ebene gefordert

ist, weitergehende Maßnahmen zu ergreifen.

Zum zweiten brauchen Klimaschutz und Umweltpolitik einen langen Atem. Die mit einer Erhöhung der Sanierungsrate oder einer Verbesserung des ÖPNV angestoßenen Entwicklungen werden dauerhaft die Emissionen reduzieren und können bei konsequenter Fortsetzung dazu beitragen, bis 2050 die ehrgeizigen, aber aus wissenschaftlicher Sicht notwendigen Ziele einer Minderung der Treibhausgasemissionen um 80 bis 95 % gegenüber 1990 zu erreichen. Das hier abgebildete Steuerpaket könnte einen wichtigen Beitrag dazu leisten.

Die Bereiche Verkehr, private Haushalte und Dienstleister reduzieren den Endenergieverbrauch in einer Größenordnung von etwa 5 % im Vergleich zur Referenz. In der Industrie sind dagegen nur geringere Effekte sichtbar. Der Rückgang des Energieverbrauchs der privaten Haushalte sowie der öffentlichen und privaten Dienstleister ist einerseits auf die Einsparungen in Folge der gestiegenen Strom- und Heizstoffpreise zurückzuführen, andererseits wirken auch die Effekte der offensiven Maßnahmen, im Speziellen der thermischen Sanierung. Im Verkehrssektor ist der Rückgang des Energieverbrauchs durch die höheren Treibstoffpreise und die Einführung der flächendeckenden Maut begründet. Die verringerte Stromnachfrage führt bei nahezu unveränderter Produktion aus Erneuerbaren Energien zu geringerer Produktion aus fossilen Kraftwerken.

In Summe geht der Energiekonsum um 41,5 PJ oder 3 % gegenüber dem Referenzszenario zurück, steigt aber absolut gesehen weiterhin an und erreicht in 2020 ein Niveau von 1.157 PJ. Damit liegt der Endenergieverbrauch 34 PJ über dem Wert von 2010 und 3,5 % unter dem Endenergieverbrauch im Jahr 2020 im Referenzlauf, aber immer noch über dem gesetzlich festgeschriebenen Wert von 1050 PJ. Das heißt die hier vorgeschlagenen Reformen können die Zielerreichung unterstützen aber sind noch nicht ausreichend.

Die konkrete Ausgestaltung des beschriebenen Maßnahmenpaketes ist dabei in einem politischen Prozess zu entscheiden. Die hier enthaltenen Maßnahmen und Volumina sind indikativ, um exemplarisch die positiven gesamtwirtschaftlichen Ergebnisse einer sinnvoll durchgeführten ökologischen und sozialen Steuerreform darzustellen.